



Niederschrift

32. öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin: Dienstag, 31.08.2021
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 22:05 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Liane Enderlein	DIE aNDERE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Babette Reimers	SPD	ab 18.25 Uhr
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis

sachkundige Einwohner

Herr Ken Gericke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stefan Matz	DIE LINKE
Herr Werner Pahnhenrich	CDU
Herr Steffen Pfrogner	DIE aNDERE
Herr Marcel Schulz	SPD

Vertreter der Beiräte

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Ruderclub Vineta bei der Ansiedlung in Krampnitz unterstützen
Vorlage: 21/SVV/0522
Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
 - 4.2 Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 21/SVV/0424
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
 - 4.3 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0594
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
 - 4.4 Bündnis für lebendige Innenstädte
Vorlage: 21/SVV/0631
Fraktion CDU
 - 4.5 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE
 - 4.6 Änderung der Kinderspielplatzsatzung der LHP
Vorlage: 21/SVV/0472
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
 - 4.7 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen
Vorlage: 21/SVV/0595
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg" - Information zum aktuellen Arbeitsstand
Fachbereich Stadtplanung
 - 5.2 Ergebnis der Prüfung zur Nutzung der Fläche gegenüber der Haltestelle "Campus Jungfersee" gemäß Beschluss 20/SVV/0998
Fachbereich Stadtplanung
- 6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern
darunter:
 - Stand der Entwicklung des RAW-Geländes
 - Straßenbauvorhaben der nächsten Zeit
- 7 Sonstiges
 - 7.1 Verständigung zur Petition "Bauspekulanten am Nuthewäldchen auflaufen lassen"

Nicht öffentlicher Teil

- 8 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.08.2021

- 9 Auswertung der Präsentation von Herrn Daniel Libeskind; Verständigung über den weiteren Umgang mit dem B-Plan 119 Medienstadt.

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung und stellt als neues Mitglied Frau Liane Enderlein (Rotationswechsel in der Fraktion DIE aNDERE) vor.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.08.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 17.08.2021 bittet Herr Said im Punkt 5.2 folgenden Satz im 4. Absatz zu ergänzen: „Herr Said weist auf die Zerstörung der Kulturlandschaft und die fehlende Beteiligung der betroffenen Ortsteile an der EEG-Umlage hin.“

Die Niederschrift wird, einschließlich der vorgenannten Ergänzung, mit 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen zur Sitzung nicht vor:

Zur Tagesordnung werden folgende Empfehlungen/Hinweise vorgebracht:

- Von der antragstellenden Fraktion wurde um Zurückstellung des TOP 4.5 Antrag **21/SVV/0646** „UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam“ gebeten.
- Frau Hüneke bittet den TOP 4.3 Vorlage **21/SVV/0594** „Fußverkehrskonzept für die LHP“ heute in erster Lesung zu behandeln.
- Herr Pfrogner bittet auch für den TOP 4.6 Vorlage **21/SVV/0472** „Änderung der Kinderspielplatzsatzung der LHP“ heute eine erste Lesung vorzusehen.

Herr Heuer spricht sich dagegen aus und verweist auf die zwei- bis dreijährige Vorgeschichte zu dieser Thematik. Die Diskussionen wurden bereits geführt.

Frau Dr. Günther verweist auf den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Aufgrund vorhandenem Redebedarfs beantragt sie, abzustimmen, ob zum TOP 4.6 eine 1. und 2. Lesung vorgenommen werden soll.

Abstimmungsergebnis: 2/4/2 – damit abgelehnt.

- Gegen den Vorschlag zum TOP 4.7 Vorlage **21/SVV/0595** „Stadtentwicklungskonzept Spielflächen“ heute eine **erste Lesung** vorzunehmen, erfolgen keine Einwände.

Die so geänderte Tagesordnung wird 7/1/0 bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Die Vorstellung der Bauvorhaben ist erfolgt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Ruderclub Vineta bei der Ansiedlung in Krampnitz unterstützen

Vorlage: 21/SVV/0522

Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt die Vorlage ein.

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen und Projekte) führt aus, dass mit dem Antrag vorgeschlagen wird, den Ruderclub bei der Ansiedlung am Ufer des Krampnitzsees zu unterstützen. Die von den antragstellenden Fraktionen angesprochene Fläche am Krampnitzer See liegt im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 141-5b. Herr Kümmel informiert, dass sich der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) bereits mit diesem Antrag befasst und ihn auf den ersten Satz des Antrages reduziert, einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat. Bereits in einer Vorlage aus dem Jahr 2019 ist dargestellt worden, dass sich dieser Bereich zum Teil im Landschaftsschutzgebiet befindet und Fragen des Umwelt- und Naturschutzes einer Klärung bedürfen. Der Bebauungsplan Nr. 141.5b befindet sich derzeit nicht in der Bearbeitung. Die städtebaulichen Vorstellungen sind im Forum Krampnitz vorgestellt worden und ebenso die Diskussion zur Unterbringung eines Kiezbades. Derzeit bestehe kein Handlungsrahmen, um diese Fragen zu beantworten. Herr Kümmel ergänzt, dass im KUM-Ausschuss zugesagt worden ist anzuhören, was der Verein dort mit einem Grundstückseigentümer für ein Projekt hat und empfiehlt, wie der KUM-Ausschuss zu votieren. Wenn es an die

konkrete Planung des Ufers könne dieser Aspekt einfließen.

Herr Jäkel bittet auch den letzten Satz des Antrages „Dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem SBWL ist in regelmäßigen Abständen, beginnend im September 2021, zu berichten.“ im Antrag zu belassen. Herr Dr. Zöller pflichtet dem bei.

Herr Kümmel schlägt vor, statt der Berichterstattung in den beiden v.g. Ausschüssen, im Status-Bericht zur Stadtteilentwicklung Krampnitz zu informieren, sofern es neue Erkenntnisse gibt.

Herr Rubelt teilt mit, dass der Status-Bericht dreimal jährlich vorgelegt wird.

Herr Jäkel stimmt dem Vorschlag zu, wenn dreimal jährlich berichtet wird.

Herr Kirsch schlägt folgende Änderung des letzten Satzes vor: „Im Rahmen der Statusberichte zur Stadtteilentwicklung Krampnitz ist zu berichten.“

Der Ausschussvorsitzende stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Ruderclub Vineta Potsdam e. V. bei der Ansiedlung im Entwicklungsgebiet Krampnitz im Bereich des Bebauungsplans Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ zu unterstützen. ~~Dabei ist das Ziel der Abschluss langfristiger Nutzungsverträge mit passenden Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Breitensport zwischen dem Ruderclub Vineta und einem daran interessierten Eigentümer.~~

~~Nach rechtskräftigem Vertragsabschluss soll eine entsprechende Bebauungsplanung erfolgen.~~

Dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem SBWL ist **im Rahmen der Statusberichte zur Stadtteilentwicklung Krampnitz** in regelmäßigen Abständen ~~beginnend im September 2021,~~ zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 21/SVV/0424

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Herr Kirsch erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und wird weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teilnehmen.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein und macht aufmerksam, dass ein Austausch der Anlage 3 – Darstellung des Geltungsbereiches – vorgenommen worden ist. Damit soll der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 174 „Griebnitzsee-Ufer“ präzisiert werden, um den dort formulierten rechtlichen Anforderungen an die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung und der anschließenden rechtssicheren Bekanntmachung Rechnung zu tragen. Als wesentliche Änderung wurde die Darstellung des räumlichen Geltungsbereiches in einem deutlich größeren Maßstab vorgenommen, der die Benennung der Flurstücksbezeichnungen ermöglicht und die Lage der Geltungsbereichsgrenze im Verhältnis zu den Flurstücksgrenzen klarstellt. Die geänderte Anlage 3 der Beschlussvorlage (1 Seite A3 statt 1 Seite A4) liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Frau Holtkamp bittet, das Austauschblatt zur Beschlussvorlage zu nehmen und der Beratung im heutigen Ausschuss zugrunde zu legen.

Frau Holtkamp ergänzt, dass der KUM-Ausschuss der Vorlage mit 6/0/3 zugestimmt habe und zwischenzeitlich die AG Uferwege am Griebnitzsee getagt habe.

Herr Pfrogner regt an, auf dem Plan (Anlage 3) noch weitere Informationen wiederzugeben (Ergänzung z.B. Flur 21/22, Flure/Grenze/Gemarkung), um dem Anspruch der Rechtssicherheit nachzukommen.

Frau Holtkamp informiert, dass die Benennungen im Textteil erfolgt sind. Die Empfehlung von Herrn Pfrogner wird geprüft.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage, einschließlich der geänderten Anlage 3, zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 174 “Griebnitzsee-Ufer“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3).

Einschließlich geänderter Anlage 3 Geltungsbereich

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0594

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Der Ausschussvorsitzende informiert einleitend über die bereits aus den Ortsbeiräten vorliegenden Voten. Der KUM-Ausschuss hat die Vorlage zurückgestellt auch die Ortsbeiräte Golm und Eiche haben sich noch nicht abschließend mit der Vorlage befasst.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) ein. Er erinnert, dass die Erarbeitung eines Fußverkehrskonzepts mit dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr 2014 beschlossen wurde. Grundlage des Fußverkehrskonzepts ist eine systematische Erfassung und Auswertung der Bestandssituation vor Ort. Sich daraus ergebene Handlungsansätze sowie Maßnahmen werden mit bereits bestehenden Überlegungen und Planungen im Fußverkehrskonzept zusammengeführt, in einem Dokument gebündelt und Prioritäten herausgearbeitet. Das Fußverkehrskonzept der LHP soll künftig als strategische Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung dienen und dazu beitragen, die Nutzeranteile des Fußverkehrs weiter zu erhöhen.

Auf diverse Rückfragen, Hinweise und Anregungen verschiedener Ausschussmitglieder geht Herr Niehoff im Rahmen der sich anschließenden Diskussion ein.

Im Ergebnis erfolgt die Verständigung, dass die Wiedervorlage des Fußverkehrskonzeptes voraussichtlich in der Oktober-Sitzung des SBWL-Ausschusses erfolgt, nachdem alle Voten aus den Ortsbeiräten vorliegen. Der Ausschussvorsitzende bittet die Ausschussmitglieder die zu erwartenden Änderungs- oder Ergänzungsanträge möglichst 1½ Wochen vor der Ausschusssitzung an die Ausschussbetreuerin zu übermitteln, so dass sie allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden können und eine gute Vorbereitung sowohl für den Ausschuss als auch für die Verwaltung gewährleistet werden kann.

zu 4.4 Bündnis für lebendige Innenstädte

Vorlage: 21/SVV/0631

Fraktion CDU

Herr Dr. Niekisch bringt die Vorlage ein.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) geht auf die Intention des Antrages ein, in welcher die Prüfung einer aktiven Beteiligung der LHP im Bündnis für lebendige Innenstädte erbeten wird. Dazu führt Herr Wolfram aus, dass das Bündnis selbst aus Vertreter*innen der drei Brandenburgischen Industrie- und Handelskammern, des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, des

Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V., des Handelsverbandes Berlin- Brandenburg, der AG Städteforum Brandenburg und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung besteht. Es versteht sich als strategische Kommunikations- und Austauschplattform mit dem Ziel, gemeinsam an einer Zukunft für die Brandenburger Innenstädte zu arbeiten. Herr Wolfram macht aufmerksam, dass die LHP sowohl Mitglied im Städte- und Gemeindebund Brandenburg als auch im Städteforum Brandenburg ist. Eine aktive Beteiligung im Bündnis ist damit gegeben.

Im zweiten Teil des Antrages bittet der Antragsteller um Prüfung, ob und wie das Bund/Länder-Programm Lebendige Zentren (LZ) genutzt werden kann und wie konkrete Maßnahmen noch in diesem Jahr fristgerecht beantragt werden können. Herr Wolfram informiert, dass das Bund/Länder-Programm Lebendige Zentren 2020 im Rahmen der Vereinfachung der Städtebauförderung ins Leben gerufen wurde. Es bündelt im Wesentlichen die bisherigen Programme Städtebaulicher Denkmalschutz und Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, welche in das neue Programm überführt wurden. Die bisherigen Förderschwerpunkte wurden weitestgehend unverändert übernommen. Beispielsweise profitieren die in der Potsdamer Innenstadt gelegenen Gebietskulissen der Städtebauförderung „Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte“, „Sanierungsgebiet 2. Barocke Stadterweiterung (Teilbereich Brandenburger Straße)“ und „Sanierungsgebiet Holländisches Viertel (Teilbereich Bassinplatz)“ bereits heute und auch in den nächsten Jahren vom Programm Lebendige Zentren.

Herr Wolfram fasst zusammen, dass der Antrag aus Sicht der Verwaltung als durch Verwaltungshandeln erklärt werden könnte, da die beiden angesprochenen Themen bereits Teil des Verwaltungshandelns sind.

Herr Dr. Niekisch stellt den Antrag für die antragstellende Fraktion zurück und wird ihn, in dieser oder geänderter Fassung, zu einem späteren Zeitpunkt erneut wieder auf die Tagesordnung bringen.

zu 4.5 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.6 Änderung der Kinderspielplatzsatzung der LHP
Vorlage: 21/SVV/0472
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein. Grundlage für die Überarbeitung der Kinderspielplatzsatzung war die Änderung der Brandenburgischen Bauordnung im Jahr 2016 sowie der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2017.

Mit dieser Überarbeitung wird sichergestellt, dass die neue Brandenburgische Bauordnung als Ermächtigungsgrundlage auf die vorliegende Ortssatzung in

vollem Umfang Anwendung findet. Dies hat u.a. zur Folge, dass die Pflicht zu Herstellung von Spielplätzen bereits bei einem Bauvorhaben ab 3 Wohnungen besteht. Gleichzeitig wird dem Bauherrn/der Bauherrin aber auch die Möglichkeit der Ablöse dieser Verpflichtung durch die Zahlung eines Geldbetrages eingeräumt. Die Entscheidung obliegt jedoch der Stadt. Die hierfür eingenommenen Beträge sind durch die LHP für den Bau sowie die Instandhaltung, Instandsetzung oder Modernisierung öffentlicher Kinderspielplätze zu verwenden. Darüber hinaus wird den aktuellen Gegebenheiten Rechnung getragen und für alle diejenigen Kinder und Jugendlichen, die in Begleitung der Kinder und Jugendlichen der Bezugswohnungen den Spielplatz gemeinsam nutzen wollen, die uneingeschränkte Zugänglichkeit und Benutzbarkeit der auf Basis dieser Satzung errichteten Spielflächen ermöglicht.

Herr Heuer verweist nochmals auf die Historie zur Änderung der Kinderspielplatzsatzung. Mit der hier vorliegenden könne die Sperrung von privaten Spielplätzen weitestgehend reduziert werden.

Herr Pahnhenrich bittet zu Protokoll zu nehmen, dass nach seiner Überzeugung § 4 (3) der Kinderspielplatzsatzung nicht mit dem Regelungszweck des § 87 (3) Nr. 2 der BbgBO vereinbar und daher unzulässig ist. Er führt dazu aus, dass die BbgBO die Gemeinden ermächtigt, örtliche Bauvorschriften zu erlassen und auch „bauliche“ Anforderungen an Kinderspielplätze zu stellen. So kann sie bauliche Anforderungen für den Zugang und die sichere Benutzbarkeit der Kinderspielplätze festsetzen, z.B. an die Breite, die Neigung oder Rutschfestigkeit des Belages. Zu einer personenbezogenen Zugangsregelung ermächtigt die BbgBO jedoch nicht. Dieses wäre auch ein Eingriff in die Privatautonomie nach Art. 1 und 2 GG.

Herr Dr. Zöllner bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Ergänzungsantrag (gleichlautend dem Votum aus dem Ortsteil Fahrland) ein und begründet ihn:

„In § 6 wird folgender Absatz 5 eingefügt.

Die nicht überbauten Flächen der Kinderspielplätze sind wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen. Ziel der Begrünung soll eine ausreichende Beschattung des jeweiligen Kinderspielplatzes durch Bäume und Sträucher sein.“

Frau Dr. Günther stellt folgende Änderungsanträge:

- a) In Ausnahmefällen kann Schatten durch bauliche Einrichtungen geschaffen werden.
- b) Kinderspielplätze sind so zu errichten, dass sie sich in verkehrsabgewandter Lage befinden und für die Kinder unmittelbar, ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsflächen, zugänglich sind.

Frau Hüneke äußert zu den Anträgen von Frau Dr. Günther, dass sie sich im Antrag b) eine Einfügung „wenn möglich“ vorstellen könnte.

Den Antrag a) lehnt sie mit Verweis auf den Ergänzungsantrag ihrer Fraktion ab,

da eine Verschattung mit Natur erfolgen müsse. Frau Hüneke bittet um eine alternative Abstimmung, da beide Anträge deutlich anderslautend sind.

Nach der sich anschließenden kontroversen Diskussion stellt der Ausschussvorsitzende die vorliegenden Voten aus den Ortsbeiräten bzw. die Änderungsanträge zur Abstimmung:

Aus dem OBR Groß Glienicke vom 15.6.21 – Zustimmung mit „Ergänzung zu § 8 Abs.1 der Satzung:

Vor dem Angebot eines Kinderspielplatzablösevertrages an den Bauherrn sind die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung sowie ggf. der Ortsbeirat eines betroffenen Ortsteils darüber zu informieren, sodass sie innerhalb einer gesetzten Frist die Möglichkeit zur Stellungnahme haben, die dann bei der Entscheidung der Verwaltung abgewogen werden sollte.“

Abstimmungsergebnis: 0/7/1 – damit abgelehnt

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie Empfehlung aus dem OBR Fahrland 19.5.

In § 6 wird folgender Absatz 5 eingefügt.

„Die nicht überbauten Flächen der Kinderspielplätze sind wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen.

Ziel der Begrünung soll eine ausreichende Beschattung des Kinderspielplatzes durch Bäume und Sträucher sein.“

Abstimmungsergebnis: 8/0/1

Änderungsantrag von Frau Dr. Günther

In Ausnahmefällen kann Schatten durch bauliche Einrichtungen geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis: 2/6/1 – damit abgelehnt.

Den weiteren Änderungsantrag „Kinderspielplätze sind so zu errichten, dass sie sich in verkehrsabgewandter Lage befinden und für die Kinder unmittelbar, ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsflächen, zugänglich sind.“ zieht Frau Dr. Günther nach kurzer Verständigung zurück.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Änderung der Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam in der

Fassung gemäß Anlage 2 auf Grundlage § 87 Abs. 3 Nr. 1-4 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO)

Mit folgender Ergänzung:

In § 6 wird folgender Absatz 5 eingefügt.

„Die nicht überbauten Flächen der Kinderspielplätze sind wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen.

Ziel der Begrünung soll eine ausreichende Beschattung des Kinderspielplatzes durch Bäume und Sträucher sein.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen.**

Pause von 19.50 Uhr bis 20.00 Uhr

zu 4.7 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen

Vorlage: 21/SVV/0595

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein und führt aus, dass das Stadtentwicklungskonzept Spielflächen das strategische Instrument ist, um die Herausforderungen der wachsenden Stadt, in Bezug auf Spielflächen, zu bewältigen. Es dient sowohl der Sicherung von Flächen als auch der Sicherung von Haushaltsmitteln und dem bedarfsorientierten und planmäßigen Einsatz dieser Haushaltsmittel in eine nachhaltige, inklusive und verkehrssichere Ausstattung. Dieses Vorhaben wird im Stadtentwicklungskonzept Spielflächen durch konkrete Entwicklungsziele benannt und durch entsprechende Maßnahmen untergliedert sowie mit Kosten hinterlegt. Die Umsetzung der Wünsche aus dem vorangegangenen Beteiligungsprozess, sowie aktuelle Themen wie Klimaanpassung, Beschattung, Naturerfahrung, Barrierefreiheit und Inklusion, standen bei der Entwicklung der Maßnahmen im Fokus.

Die 2. Lesung ist für die Sitzung am 14.09.2021 vorgesehen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg" - Information zum aktuellen Arbeitsstand

Fachbereich Stadtplanung

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen und Projekte) informiert anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) über den aktuellen Arbeitsstand.

zu 5.2 Ergebnis der Prüfung zur Nutzung der Fläche gegenüber der Haltestelle "Campus Jungfersee" gemäß Beschluss 20/SVV/0998

Fachbereich Stadtplanung

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) erinnert, dass die LHP mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beauftragt wurde, an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum mit der Bitte um Prüfung heranzutreten, ob die Nutzung der Fläche für eine Schul- und Sportnutzung möglich wäre. Von beiden wird eine solche Nutzung abgelehnt. Er verweist hier auf die Inhalte der Mitteilungsvorlage 21/SVV/0670.

Ergänzend führt Herr Wolfram aus, dass noch offen sei, ob auf einem Teil der Fläche ein Radweg parallel zur Allee hergestellt werden könne. Hierzu wird durch die LHP aktuell eine Planung vorbereitet. Im weiteren Verlauf wird es diesbezüglich gesonderte Abstimmungen zwischen der Landeshauptstadt und dem Ministerium für Wirtschaft, Forschung und Kultur (MWFK) sowie dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) geben.

zu 6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern darunter:

- Stand der Entwicklung des RAW-Geländes

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) informiert anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) über den aktuellen Stand.

- Straßenbauvorhaben der nächsten Zeit

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert über die vorgesehenen Straßenbauvorhaben und unterbreitet das Angebot, die Aufstellung der Niederschrift beizufügen.

Frau Woiwode geht auf diverse Nachfragen der Ausschussmitglieder ein. Zur Maßnahme Franz-Mehring-Straße kündigt Frau Hüneke an, sich bilateral mit Frau Woiwode verständigen zu wollen. Zur Maßnahme Schafgraben berichtet Frau Woiwode, dass in diesem Jahr noch keine Ausschreibung möglich sein wird und der Bauhof regelmäßige Kontrollen ausübt und die Verkehrssicherheit über den Winter gewährleistet wird. Personalkapazitätsengpässe führen u.a. dazu, dass Maßnahmen nicht durchgeführt werden können. Von 8 Planern sind derzeit nur 2 im Dienst. Der Uferweg Speicherstadt wird voraussichtlich im Jahr 2023 begehbar sein. Hinsichtlich der Baumaßnahmen am Leipziger Dreieck verweist Frau Woiwode auf die aktuelle Pressearbeit.

Herr Dr. Niekisch bedauert, dass die Maßnahme Schafgraben weiterhin zurückgestellt wird.

Herr Rubelt äußert, dass man mit der Aufstellung der Straßenbauvorhaben heute im SBWL nur einen Einblick über die Maßnahmen auf Nachfrage geben wollte. Er bittet weitere Fragen und Hinweise direkt an den für Mobilität zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zu richten bzw. dort zu klären.

zu 7 Sonstiges

Herr Pfrogner informiert, dass seine Fraktion erst gestern von der Durchführung des Forum Krampnitz am 1. September 2021 erfahren habe. Er bittet künftig um eine rechtzeitige Mitteilung, um eine entsprechende Vorbereitung zu ermöglichen.

zu 7.1 Verständigung zur Petition "Bauspekulanten am Nuthewäldchen auflaufen lassen"

entfällt